



KBV KOMPAKT

Gesundheitspolitischer Newsletter der Kassenärztlichen Bundesvereinigung
vom 8. Januar 2014

Aus Berlin

Gröhe will ambulante Versorgung verbessern

Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) hat angekündigt, den Zugang zum Medizinstudium zu erleichtern, wenn die Studierenden sich verpflichteten, eine Praxis in einer ländlichen Region zu übernehmen. Dies könnte auch für diejenigen gelten, die ein freiwilliges soziales Jahr zum Beispiel im Rettungsdienst geleistet hätten. Denkbar sei zu diesem Zweck ein Notenbonus als Anreiz, sagte Gröhe. Der Minister will zudem die Wartezeiten auf einen Arzttermin für gesetzlich Versicherte verkürzen, wie im Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD vereinbart. Bekommen gesetzlich Versicherte künftig innerhalb von vier Wochen keinen Facharzttermin, sollen sie zur Behandlung ins Krankenhaus gehen können. ([Deutsches Ärzteblatt, 5. Januar](#))

Aus KBV und KVen

Ärztemangel: KBV begrüßt Engagement der Bundesregierung

KBV-Vorstandsvorsitzender Dr. Andreas Köhler hat sich positiv zum Vorhaben des neuen Bundesgesundheitsministers, Hermann Gröhe (CDU), geäußert, mehr Medizinstudierende zur Niederlassung auf dem Land zu bewegen. „Jeder Vorschlag, der dazu dient, frei werdende Arztstühle zu besetzen, ist sinnvoll“, sagte er. Die Bundesregierung erkenne die wertvolle Arbeit der niedergelassenen Haus- und Fachärzte sowie Psychotherapeuten an und erhalte dafür von der KBV volle Unterstützung. Köhler nahm die Regierung zugleich in die Pflicht. Ihre Aufgabe sei es, Rahmenbedingungen für die Niederlassung zu schaffen. Ärzte und Psychotherapeuten dürften nicht einerseits für Wartezeiten auf einen Termin kritisiert und andererseits finanziell dafür bestraft werden, wenn sie zusätzliche Patienten annehmen. Die KBV wolle „kurzfristig Lösungsvorschläge und Maßnahmen erarbeiten, die von Ärzten und Patienten gleichermaßen akzeptiert werden.“ Zugleich forderte Köhler von den Krankenhäusern ein „sachgerechtes Entlassmanagement“ ein. ([Pressemitteilung der KBV, 7. Januar](#))

KBV schafft Klarheit um elektronische Gesundheitskarte

Seit 1. Januar gilt die elektronische Gesundheitskarte (eGK). Wer aber bis dahin noch keine eGK von seiner Krankenkasse erhalten hat, kann weiterhin die „alte“ Krankenversichertenkarte (KVK) nutzen, sofern ihr Gültigkeitsdatum noch nicht überschritten ist. [Das stellte die KBV klar](#). Darüber informierten unter anderem auch die Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) Bremen, Brandenburg und Niedersachsen. Die KV Bremen bestritt mit dieser Aussage zugleich die vom Bremer Apothekerverein falsch ausgelegte Übergangsregelung. Dieser hatte in einem Informationsschreiben empfohlen, keine Verordnungen mit alter Krankenversicherungsnummer anzunehmen. Dies sei nicht nur sachlich falsch, sondern gefährde auch die medizinische Versorgung der Patienten in Bremen und Bremerhaven, hieß es aus der KV. ([Pressemitteilung der](#)

[KV Bremen, 3. Januar](#); [Pressemitteilung der KV Brandenburg, 6. Januar](#), [Pressemitteilung der KV Niedersachsen, 6. Januar](#))

KV-on besucht Jenny de la Torre Stiftung

KV-on, das Web-TV der Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen), hat die Arbeit der Jenny de la Torre Stiftung dokumentiert. Die Chirurgin, die der Stiftung ihren Namen gab, kümmert sich um die medizinische Versorgung von Obdachlosen in Berlin. Warum sie die Institution ins Leben rief und wer ihre Unterstützer sind, verriet sie dem Team von KV-on. ([Video auf KV-on, 20. Dezember 2013](#))

KV Niedersachsen weist Kritik am Verordnungsverhalten der Ärzte zurück

Als „voreilig und überzogen“ hat der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Niedersachsen, Dr. Jörg Berling, die Kritik des Ersatzkassenverbandes (vdek) am Verordnungsverhalten der niedersächsischen Ärzte zurückgewiesen. Zuvor hatte der niedersächsische vdek-Chef, Jörg Niemann, den Ärzten mangelndes Arzneimanagement vorgeworfen und die hohen Verordnungszahlen als „medizinisch nicht erklärbar“ bezeichnet. Dem Verordnungs-Report des Apotheken-Rechenzentrums zufolge lag Niedersachsen bei Arzneimittelverordnungen mit einer Steigerungsrate von 4,77 Prozent bis Oktober 2013 rund einen Prozentpunkt über dem Bundesdurchschnitt. „Eine leicht überdurchschnittliche Steigerungsrate bei den Arzneimittelausgaben mag aus Kassensicht ärgerlich sein. Doch das heißt noch nicht, dass diese Verordnungen medizinisch unbegründet sind“, kritisierte Berling ([Pressemitteilung der KV Niedersachsen, 30. Dezember 2013](#), [Deutsches Ärzteblatt, 3. Januar](#))

Bayern entwickelt Vorschläge für Bürokratieabbau

Die Ende 2011 vom Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege und der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Bayerns eingerichtete Anlaufstelle für Bürokratieabbau zählt sich aus. In ihrem einjährigen Betrieb seien über 500 Vorschläge – vor allem von Ärzten und Psychotherapeuten – eingegangen, sagte die Bayerische Gesundheitsministerin, Melanie Huml (CSU). „Wir haben aus den Vorschlägen Lösungen für patientenfreundlichere, schlankere und einfachere Vorgaben im Praxisbetrieb entwickelt. Jetzt sind die Verantwortlichen in der Selbstverwaltung und der Bundesgesetzgeber am Zug, diese schnellstmöglich umzusetzen“, forderte Huml. Sie begrüßte als erste Maßnahme die bereits im Koalitionsvertrag vereinbarte Abschaffung der Regresse. Als eines der Resultate aus der Arbeit der Anlaufstelle wurde eine Formularkommission von Krankenkassen und KV eingerichtet. Ziel ist es dabei, die Notwendigkeit der Inhalte jedes einzelnen Formulars zu prüfen und gegebenenfalls praxistauglicher zu gestalten. Vorschläge zum Bürokratieabbau können Ärzte und Psychotherapeuten ebenfalls im [onlineForum „Mehr Zeit für Patienten“](#) der KBV unterbreiten. ([Pressemitteilung der KV Bayerns, 7. Januar](#))

Aus den Verbänden

SpiFa lehnt verstärkten Einstieg der Krankenhäuser in ambulante Versorgung ab

In der Diskussion über Wartezeiten für gesetzlich Krankenversicherte sehen die niedergelassenen Fachärzte keinen Anlass, in der ambulanten Versorgung eine Parallelstruktur durch die Kliniken aufzubauen. „Schwierigkeiten in der Terminvergabe existieren nicht in dieser Dimension, wie es öffentlich behauptet wird“, kritisierte Dr. Andreas Gassen, 2. Vorsitzender der KBV-Vertreterversammlung und Vorsitzender des Spitzenverbandes Fachärzte Deutschland (SpiFa). Über 75 Prozent der Patienten bekämen innerhalb von drei Tagen einen Termin, sagte er. „Ein unter anderem nicht optimal funktionierendes Entlassungsmanagement von Kliniken nimmt den Fachärzten Zeit für ihre Patienten. Hier könnte der Krankenhausbereich Entlastung für den ambulant versorgenden Bereich schaffen“, machte SpiFa-Hauptgeschäftsführer Lars Lindemann deutlich. ([Pressemitteilung des SpiFa, 8. Januar](#))

KOMPAKT-Zahl der Woche: 180

180 Millionen Euro haben die gesetzlichen Krankenkassen seit 2012 durch Rabattverträge mit Arzneimittelherstellern eingespart. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion „Die Linke“ hervor. ([Deutsche Ärzteblatt, 3. Januar](#))

Aus der Presse

KBV-Zahlen belegen Ärztemangel

Nach der neuen Bedarfsplanung sind bundesweit rund 2.600 Hausarztpraxen sowie etwa 2.000 Facharztpraxen in der Grundversorgung unbesetzt. Das berichtet die Zeitung „Die Welt“. Sie bezieht sich auf Angaben der KBV. Ihren Berechnungen zufolge gehen bis zum Jahr 2021 bundesweit rund 51.000 Haus- und Fachärzte in den Ruhestand. Angesichts des zunehmenden Ärztemangels forderte der designierte Patientenbeauftragte, Karl-Josef Laumann (CDU), mehr Medizin-Studienplätze zu schaffen. Universitäten dürften nicht nur auf Einser-Abiturienten setzen, sondern auch auf andere Abiturienten, die sich für den Hausarztberuf begeistern können, sagte er. ([Die Welt, 28. Dezember 2013](#))

Aus dem Terminkalender

- 06.01.2014 - [17. Wiedereinstiegskurs für Ärztinnen und Ärzte nach berufsfreiem Intervall](#)
17.01.2014 Veranstaltung der Kaiserin Friedrich-Stiftung für das ärztliche Fortbildungswesen in Berlin
- 13.01.2014 [„Spreestadt-Forum“ zur Gesundheitsversorgung in Europa](#)
Berlin, 18.15 - 19.45 Uhr
- 26.03.2014 - [KBV Messe Versorgungsinnovation 2014](#)
28.03.2014 dbb Forum Berlin
- 28.03.2014 - [Mitteldeutsche Fortbildungstage](#)
29.03.2014 Leipzig

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 4005-2202

Fax: 030 4005-2290

E-Mail: online-redaktion@kbv.de

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs um 13 Uhr.

Hier können Sie unseren Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unseren Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/publikationen/newsletteranmeldung.php>